



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Maximilian Deisenhofer, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Teure fossile Abhängigkeiten beenden – Erdölbohrungen in Bayern stoppen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, sich auf Bundesebene für ein Verbot klimaschädlicher Erdölbohrungen einzusetzen und entsprechende Versagensgründe im Bundesbergbaurecht zu schaffen.

Zudem wird die Staatsregierung dazu aufgefordert, die Verordnung über Feldes- und Förderabgaben vom 22. Dezember 1998 (GVBl. S. 1050, BayRS 750-10-W) dahingehend zu ändern, dass die aktuell in § 10 festgelegte weitestgehende Befreiung von der Förderabgabe für Erdöl baldmöglichst beendet wird.

Die Förderabgabe soll mindestens 15 Prozent des nach § 8 der genannten Verordnung festgestellten Marktwerts betragen.

Begründung:

Neue Erdölbohrungen im Jahr 2026, wie derzeit in Großaitingen im Landkreis Augsburg, passen nicht zu den klimapolitischen Zielen Bayerns und führen in eine energiepolitische Sackgasse. Wer heute in zusätzliche fossile Infrastruktur investiert, zementiert Abhängigkeiten von klimaschädlichen Energieträgern und erschwert den Weg zur Klimaneutralität bis 2040. Stattdessen braucht es klare Prioritäten für den Ausbau erneuerbarer Energien und eine Energiepolitik, die auf Zukunftsfähigkeit und Unabhängigkeit setzt. Dazu gehört auch, bestehende Fehlanreize zu korrigieren. Die derzeit fehlende bayernweite Förderabgabe wirkt wie eine indirekte Begünstigung der Erdölförderung. Dies ist angesichts der großen klimapolitischen Herausforderungen sowie der finanziellen Zwangslage vieler Kommunen in Bayern nicht nachvollziehbar.

Mit der Einführung einer landesweiten Abgabe wird eine wirksame Lenkungswirkung erzielt und ein klares Signal für eine konsequente Ausrichtung an Klimaschutz und nachhaltiger Energieversorgung gesetzt.